

Was soll mit Opel – Deutschland geschehen?

Die Weltfinanzkrise deckt hintergründige Zusammenhänge der Globalisierung auf, zeigt aber auch Lösungsansätze für eine neue Weltwirtschaftsordnung.

Von Andres Müller

General Motors hat die Adam Opel Werke auf dem Höhepunkt der großen anglo-amerikanischen Spekulationswelle im Jahr 1929 aufgekauft. Unmittelbar danach, im Oktober, brach die 1. große Weltwirtschaftskrise aus. In Deutschland dauerte sie bis 1933, in den USA endete sie erst mit dem Kriegseintritt in den 2. Weltkrieg.

Zu den Wesensmerkmalen der Globalisierung, die nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ihren eigentlichen Entwicklungslauf begann (Anfang der 1990iger Jahre) gehörte der weltweite Kapitalraub in Form von Unternehmungsaufkäufen.

Die Adam Opelwerke waren in einer ähnlichen Kaufrschwelle – vor der 1. Weltwirtschaftskrise – in die Hände des US-Großkapitals geraten. Das Prinzip der kapitalistischen Ausbeutung einer fremden Volkswirtschaft funktionierte aber auch damals schon: Billig aufkaufen – aufgrund der Wechselkursvorteile (des Dollars) – und danach die Gewinne in das Land der Kapitaleigentümer, also die USA, zu überführen.

Es kam eine weitere Form der Ausbeutung hinzu: Den aufgekauften Objekten wurden Kosten aufgelast, die eigentlich die Zentrale (Muttergesellschaft) zu tragen hätte, weil sie auch die Erträge, die diese Kosten einbringen, einsteckt. Im Falle Opel waren das in jedem Fall hohe Entwicklungskosten, deren Nutzen der Muttergesellschaft und anderen Tochtergesellschaften (Saab.....) zugute kamen. Die Renditen der Opel-Werke wären in den ganzen Jahren höher gewesen, wenn sie diese Kosten (für die Mutter und die anderen Töchter von GM) nicht hätte tragen müssen!

Jetzt in der großen Finanz- und Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts steht die US-Muttergesellschaft General Motors (GM) vor dem Ruin. Sie hat Milliardenverluste wegen der Krise und vor allem infolge der selbstgemachten Fehler in der Produkt- und Modellpolitik in den vergangenen Jahrzehnten akkumuliert. Jetzt in der Krise haben sie sich multiplikativ erhöht. Der Konzern ist nicht mehr in der Lage, die bei Opel-Deutschland anfallenden Entwicklungskosten konzernintern auszugleichen. Jetzt soll der Staat BRD einspringen – also die deutschen Steuerzahler – um die Entwicklungskosten, die der Weltkonzern GM nicht mehr bezahlen kann, letztendlich zu übernehmen.

Zunächst übernimmt die BRD nur eine Bürgschaft in Höhe von 1,8 Mrd. Euro! Aber wenn der Mutterkonzern die von der Opel-Tochter aufgenommenen Kredite nicht zurückzahlen kann – was im Falle eines GM-Konkurses sicher ist – dann bezahlen die Deutschen letztendlich die Entwicklungskosten des US-Mutterkonzerns GM!

Die Bundesregierung will die Bürgschaft an Opel (eine nichtrechtsfähige Person) nur gewähren, so ließ sie verlautbaren, wenn gewährleistet ist, daß kein Geld von Opel nach USA zu GM fließt. Dieses Geld ist aber schon geflossen, denn die GM-Zentrale verweigert der Opel – Tochter ja die unternehmensinterne Bezahlung der vom Opel-Forschungspersonal erbrachten Leistungen.

Noch deutlicher und deutsch gesagt:

Die Opelwerke haben in der Vergangenheit Leistungen an GM in Detroit abgegeben, die vom Auftraggeber nicht bezahlt worden sind. Jetzt wird die Bundesregierung aufgefordert, für die vom US-Kapital nicht bezahlten Leistungen zu bürgen, sie

letztendlich zu bezahlen, wenn GM in Konkurs gehen sollte, was momentan sehr wahrscheinlich ist. Mit der Pressemitteilung, man werde die Bürgschaft nur gewähren, wenn keine Zahlungen in die USA fließen, sollen die Deutschen eingelullt werden, denn sie lenkt von der Tatsache ab, daß die geldwerten Leistungen von deutscher Arbeitskraft und Ingenieur – Leistung ja schon erbracht, aber vom US-Kapital nicht bezahlt worden sind!

Es gibt in der momentanen Situation nur einen Ausweg, die volkswirtschaftlichen Folgen (dominoartiger Anstieg der Arbeitslosigkeit) eines Opel - Zusammenbruches zu vermeiden. Es ist der von der neoliberalen Ökonomie ständig gepredigte Grundsatz einer marktwirtschaftlichen Lösung:

Der Staat nimmt einen Kredit in Höhe von 1,8 Mrd. Euro auf und erwirbt mit diesem Geld einen Teil der Opelwerke als Eigentümer. Zu diesem Zweck müssen die Opelwerke rechtlich verselbständigt werden. An der künftigen Opel AG ist neben General Motors auch der Deutsche Staat als Eigentümer beteiligt. In Höhe der künftig anfallenden Gewinne der Opel AG verringert sich die künftig notwendige Steuerlast für die Bundesbürger.

Sollte General Motors – so wie es heute als wahrscheinlich erscheint – in Konkurs gehen, könnte der Deutsche Staat den bei GM verbliebenen Anteil aus der Konkursmasse des Konzerns übernehmen.